

Territoriale Integrität und Selbstbestimmungsrecht der Völker

Das Völkerrecht verbietet die gewaltsame Veränderung von Außengrenzen der Staatsgebiete.¹ Aber es verbietet nicht etwa die Veränderung der Grenzen überhaupt. Es gehört zu den demokratischen Grundrechten jedes Volkes, sich zu einem Staat und damit Staatsvolk zu konstituieren und dafür auch sich abzuspalten oder zu vereinigen. Wo es schon Staaten gibt, gehört es zur demokratischen Verfassung, Regeln für den Austritt / Sezession oder einen Beitritt vorzusehen. Die Bundesrepublik Deutschland hatte einen solchen für einen Beitritt (A 23). Der ist bekanntlich durch die ostdeutschen Länder genutzt worden. Ich habe schon damals angeregt, nun mindestens einen Austrittsartikel ins Grundgesetz zu schreiben und andere territoriale Änderungen in Europa demokratisch zu ermöglichen². Insofern solche Möglichkeiten in den Verfassungen nicht vorgesehen sind, ist die Demokratie nicht vollendet und sind die Völker nicht frei. Die meisten territorialen Veränderungen bzw. Veränderungswünsche auch nach dem WK II auch in Europa³ haben daher zu blutigen Konflikten geführt.

Dies gilt auch für die Ukraine: Wirtschaftlich und nach Sprachgruppen sind die Menschen im Osten der Ukraine anscheinend mehr nach Russland orientiert, als die Bevölkerung im Westen der Ukraine⁴. Anstatt die multiethnische Zusammensetzung der Bevölkerung in der staatlichen und kulturellen Praxis anzuerkennen bzw. Volksabstimmungen über die Zugehörigkeit bzw. Bildung von Staaten durch das Volk zu organisieren, werden in Kiew immer mehr Gesetze und Regelungen beschlossen, die eine Ukrainisch sprechende Homogenität der Bevölkerung herbeiführen sollen⁵. Durch das Zusammenziehen der ukrainischen Streitkräfte⁶ und Paramilitärs um diese abtrünnigen Gebiete im Donbass musste die Bevölkerung dieser überwiegend russischsprachiger Gebiete annehmen, dass ein Angriff der Ukraine zur Rückeroberung der Gebiete bevorstand.

Staatengebilde nach irgendwelchen historischen „Es war einmal ...“ zusammenzuzimmern und das auch noch mit Gewalt, ist so völlig absurd, wie es die verschiedenen dynastischen Ansprüche von Herrschern auf die Kronen in anderen Ländern aus der Feudalzeit waren. Das hat und kann nur zu blutigen Konflikten führen. Dass Putin solche Ideologien aufbaut, vertritt und anscheinend auch selbst daran glaubt, macht ihn zu einem gefährlichen Imperialisten und Aggressor. Da er wie die US Regierungen in Einflusszonen denkt und versucht, sie mit allen Mitteln durchzusetzen, also das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht anerkennt, gehen von ihm – im Rahmen seiner geringeren Machtmittel als die der USA – entsprechende Gefahren aus.

Demokratische Veränderungen von Staaten zu verbieten, führt zu blutigen Konflikten.

Die nationalistische und machtorientiert Politik der Ukraine gegen multiethnische und föderalistische Strukturen verschärfte die Situation.

Putins nationalistische Ideologie eines russischen Großreiches und nicht eines demokratischen multiethnischen Volksstaates macht ihn zum Imperialisten und Aggressor

¹ Artikel 2 Absatz 4 der [Charta der Vereinten Nationen](#) bestimmt: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

² Siehe <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/19900229.pdf> S 18/19

³ Von den Dekolonisierungskriegen in anderen Kontinenten gegen unsere urdemokratischen Vorbilder im Westen Europas ganz zu schweigen.

⁴ Sieh auch das Interview im Kurier am Sonntag vom 20.2.2022 S 12 mit der aus dem Donbass stammenden Doktorandin im Osteuropainstitut **Yana Lysenko**, die die mehrheitliche Orientierung in diesen Regionen nach Russland bestätigt.

⁵ Wie gute Gesetze zum Minderheitenschutz befriedend wirken können, zeigen das Südtirolstatut in Italien und die Minderheitenrechte der Sorben in ostdeutschen Ländern und der Dänen in Schleswig Holstein.

⁶ Laut Franz-Stefan Gady, vom britischen Thinktank International Institut for Strategic Studies, in der Radiosendung Europa heute vom Deutschlandfunk am 22.2.2022 ab 9:10 Uhr sagte in einem Nebensatz, dass die ukrainischen Streitkräfte „... wo das Gros eben im Osten des Landes entlang der line of kontext steht, also im Donbass steht, quasi von ihrem logistischen ...“, Damit bestätigt er das, was man sich beim beharrlichen Schweigen unserer Medien über die Maßnahmen der ukrainischen Regierung während der Konfliktzeit und im Konfliktgebiet schon denken konnte, dass die inzwischen aufgerüsteten ukrainischen Streitkräfte die rebellischen Gebiete umzingelt haben – man weiß aber nicht wie lange. Auch darüber schweigen sich unsere Medien beharrlich aus und lassen auch keinen sonst so wohlfeil gepostete Anblicke von Satellitenbildern zu.

Jede*r denkt bei den gegenwärtigen Vorgängen an die stufenweise Zerschlagung der Tschechei durch Nazideutschland in den Jahren 1938 bis 1939. In-
dem Putin die beiden von der Ukraine abtrünnigen Gebiete im Donbass aner-
kennt und anscheinend seine Streitkräfte von ihnen einladen lässt, und gleich-
zeitig der Ukraine das Recht auf Volkssouveränität abspricht, zwingt er spätes-
tens jetzt alle Appeasement – Politiker abzuschwören, und entschieden auch
Machtmittel in die Hand zu nehmen. Die Lage ist auch deswegen so gefährlich,
weil überhaupt nicht klar gestellt ist, was zu diesen von Putins Russland aner-
kannten „Volksrepubliken“ gehört: Ihr jetziger Herrschaftsbereich bis an die
Konfliktlinie, oder der ganze Donbass? Letzteres würde sofort zu massiven mili-
tärischen Kämpfen zwischen den Streitkräften und Paramilitärs der Ukraine
einerseits und den russischen Streitkräften andererseits führen. Es ist also
Krieg angesagt z.B. um die Großstadt Mariupol. Der Aufmarsch der russischen
Streitkräfte reicht nicht aus, um die Ukraine schnell zu erobern und zu beset-
zen. Deswegen bleibt dem Westen Zeit, die Gegenmaßnahmen einzuleiten.
Selbst wenn es zunächst einen Durchmarsch gäbe: Die Niederlage Putins wäre
trotzdem unausweichlich. Denn gegen das Volk kann Russland seine Herr-
schaft nicht aufrechterhalten, weder in Afghanistan noch in der Ukraine.

Für eine Unterstützung der Ukraine, müsste man m.E. zur Bedingung machen,
dass die innere Verfassung und Staatspraxis auf den Grundrechten einer mul-
tiethnischen Gesellschaft aufzubauen sei. Die Probleme mit dem „Rechten Sek-
tor“ und deren Bewaffnung, ohne das kontrollieren zu können, gibt es ja.

Die NATO-Staaten sind jetzt in dem Dilemma, provokant nationalistische Poli-
tiker in der Ukraine gegen einen imperialistischen Gernegroß Putin zu unterstüt-
zen. Aber da die NATO schon mit vielen Diktatoren z.B. in Griechenland, der
Türkei, Portugal usw. zusammen gearbeitet hat, wenn es ihren Interessen dien-
te, wird es ihr nicht schwer fallen, jetzt das russische System des Putins und
seiner Oligarchen zu bekämpfen, aber die ungerechte Nationalitätenpolitik in
der Ukraine gewähren zu lassen, und darauf zu hoffen, dass sich die russi-
schen Oligarchen von Putin ab- und den westlichen Kapitalmärkten zuwenden
– Chodorkowski als Vorbild nehmend, der den Schwenk ja schon frühzeitig ge-
macht hat. Dann kriegen sie alle auch ihr in London und sonst wo in der Welt
gewaschenes und gehortetes Diebesgut wieder, das jetzt erst einmal sistiert
wird, und die Party geht weiter, bis sich die Diadochen in die Haare kriegen.
Russland wird dann so ein eurasisches Afrika – Modellregion Kasachstan, wo
die lokalen Diktatoren gegen einen Judaslohn die natürlichen Ressourcen der
Länder an die internationalen Investoren verscherbeln. Hie und da werden dann
auch der Westmächte und andere, die sich zu global Playern gemausert haben
wie z.B. China, wieder Partei ergreifen und wie z.B. in Mali mit den hehrsten
Sprüchen und Parolen die windigsten Diktatoren an die Macht bringen.

Kiews Weigerung, die Verfassungsreform durchzuführen, und Putins Ideologie führen zum Krieg. Die Appeasement-Politik ist gescheitert. Die Niederlage Putins ist sicher. Die Kosten sind unermesslich.

Der Westen unterstützt ein nationalistisches Regime

Putins Oligarchen werden den Schwenk zu den internationalen Kapitalmärkten schaffen. Russland wird ein eurasisches Afrika werden. Aber die Hyänen, die sich über den Kadaver hermachen, werden auch übereinander herfallen.